«Solarwald» auf dünnen Beinen

Gondosolar will mit sogenannten «Solarbäumen» neue Wege gehen. Schon im Juli will man das Baugesuch einreichen. Doch die Grundlage für die «Bäume» ist noch dünn.

Perrine Andereggen und Léonie Hagen

Die baumartige Konstruktion der PV-Panels hat gemäss den Projektverantwortlichen den Charakter eines lichten Bergwaldes. Bild: zvg

Das Rennen um den «Solar-Express» nimmt Fahrt auf. Auch im Wallis. Während Grengiols Solar noch mit seinen Redimensionierungen und IGs kämpft, wird Gondosolar immer konkreter.

Das Projekt kann weiterhin auf den Rückhalt der Bevölkerung zählen. An der Urversammlung vom Sonntag hat die Gemeinde Zwischbergen dem Bau von Gondosolar ein zweites Mal deutlich zugestimmt. Schon der erste Entscheid an der Urversammlung im Winter dazu war einstimmig für das Projekt ausgefallen.

Am Sonntag bewilligte die Urversammlung die Nutzung der dazu nötigen Parzellen. Finanziell beteiligt sich die Gemeinde jetzt mit 35 Prozent am Kapital der Projektträgerschaft. Dazu wurde gemäss Mitteilung der Gemeinde ein Verpflichtungskredit in der Höhe von 3 Millionen Franken gutgeheissen. Der finanzielle Beitrag zeige klar, dass die Bevölkerung hinter dem Projekt stehe, so Gemeindepräsident Daniel Squaratti zum Abstimmungsausgang. Insgesamt soll Gondosolar etwa 37 Millionen Franken kosten und Strom für etwa 3500 Haushalte liefern.

Ein «Solarwald» auf Alpjerung

Neu in der Projektentwicklung ist, dass die Fotovoltaikpanels nun in Form von Solarbäumen angeordnet werden sollen. Diese Struktur, so heisst es in der Mitteilung, beeinträchtige die Natur nur geringfügig und verspreche zugleich eine hohe Energieausbeute.

Ursprünglich waren die Panels von Gondosolar als nach Süden geneigte Stahltische geplant. Die Bäume liessen sich aber besser in die alpine Landschaft integrieren, so die Mitteilung. Ausserdem würden sie den Boden weniger belasten. Für diese Bäume werden sechzehn Solarpanels kreuzförmig an einem vertikalen Masten montiert. Die Kreuzform zwinge den Wind in einer Wirbelbewegung mit einer höheren Geschwindigkeit um die Struktur, schreiben die Verantwortlichen auf Anfrage. Damit werde der Schnee weiter weggeweht. Auf Alpjerung, die im Winter starken Winden ausgesetzt ist, spiele dies eine besonders wichtige Rolle.

Erste Tests mit Holzstrukturen

Deshalb sei dieses Design entwickelt worden. Gemäss den Projektverantwortlichen gründet es auf Erfahrungen aus der Lawinenverbauung.

Im vergangenen Winter habe man in Österreich erste Tests mit Holzstrukturen gemacht. Mit vielversprechenden Ergebnissen, heisst es weiter. Bisher gebe es aber noch keine Testanlagen mit mehreren Solarbäumen. Drei davon würden voraussichtlich in diesem Jahr in Österreich gebaut. Parallel dazu kläre man ab, ob man eine solche Testanlage in der Simplonregion bauen könne.

Doch im Winter liegen auf Alpjerung zwei bis drei Meter Schnee. Wie die Solarbäume solchen Bedingungen standhalten, beantworteten die Verantwortlichen nicht. Sie verweisen lediglich auf eine Testanlage mit mehreren Solarbäumen, die nun auf der Alpjerung errichtet werden könnte.

Die Zeit wird knapp

Das Baubewilligungsgesuch wird im Juli 2023 von den Projektverantwortlichen eingereicht. Wie die Gemeinde Zwischbergen und der Energiekonzern Alpiq via deren Tochtergesellschaft Energie Electrique du Simplon SA in einer gemeinsamen Mitteilung schreiben, dürfe man gemäss Angaben des Kantons mit einer Baubewilligung im Mai oder Juni 2024 rechnen – vorausgesetzt, dass das Projekt sämtliche Bedingungen erfüllt.

Das ist ein sportlicher Zeitplan. Zumal im Herbst ein kantonales Referendum ansteht, das sich gerade gegen die beschleunigten Bewilligungsverfahren für Fotovoltaikanlagen richtet. Sollte dieses angenommen werden, dürfte eine Bewilligung vor dem nächsten Sommer schwierig werden.

Die Verzögerung könnte weitreichende Folgen haben. Denn auch der Bund macht Druck: Er will zwar einen grossen Teil der Investitionskosten für Fotovoltaikanlagen mittragen. Aber nur, wenn mindestens ein Teil der unterstützten Anlagen bis 2025 Strom ins bestehende Netz liefert. Eine Frist, die im Falle einer verzögerten Bewilligung auch für Gondosolar knapp werden könnte.

Seitens der Verantwortlichen gibt man sich zuversichtlich. Unabhängig vom Abstimmungsausgang entwickle man das Projekt mit dem Ziel weiter, «dieses für die Stärkung der Versorgungssicherheit wichtige Projekt im Wallis möglichst zeitnah zu realisieren». Auf Anfrage räumen sie ein, dass die Bewilligung bei einer Ablehnung im Herbst länger dauern würde. Gondosolar halte sich aber an die vorgegebenen Prozesse und setze alles daran, die Vorgaben des Kantons möglichst rasch zu erfüllen. Auf die Frage hin, ob man die Frist bis 2025 einhalten könne, schreiben die Verantwortlichen nur: «Wir planen, bis dahin mindestens 10 Prozent im Netz zu haben.»

SVPO will kantonales Klimagesetz beerdigen

Euphorie, Frust und eine erstaunliche Forderung. Die Klimapolitik nach dem Ja zum Klimaschutzgesetz.

Armin Bregy und Michel Venetz

Nach der Abstimmung zum Klimaschutzgesetz bleiben die Gewinner euphorisch und die Verlierer frustriert. Handeln müssen die Kantone – sowohl im Energie- als auch im Gebäudebereich.

Das Wallis nimmt diesbezüglich eine Vorreiterrolle ein. In erster Lesung wurde das kantonale Klimagesetz bereits Mitte Mai angenommen, die Kommission für die zweite Lesung tagt ab Ende August. Das Walliser Klimagesetz wird demnach im November oder Dezember im Grossen Rat weiter debattiert.

Werden sich die Fronten der ersten Lesung halten? Vor einem Monat kämpfte Die Mitte Oberwallis an der Seite der SVPO und der SVPU einstimmig gegen Schmidts Klimagesetz. Alle anderen Fraktionen – auch die Mitte-Schwesterparteien neo und Le Centre – votierten ohne Gegenstimme für die Vorlage.

Nach dem deutlichen Klimaschutz-Ja vom 18. Juni im Wallis und dem überraschend knappen Resultat im Oberwallis dürften die klimafreundlichen Kräfte Auftrieb erhalten. Denn Beobachter gingen davon aus, dass das Klimaschutzgesetz im Ober-wallis markant deutlicher verworfen wird. Nach der Bereinigung betrug der Nein-Anteil im deutschsprachigen Kantonsteil 51,8 Prozent. Schätzungen gingen von bis zu 60 Prozent aus.

Zum Vergleich: Das CO_2-Gesetz wurde im Oberwallis im Juni 2021 mit über 60 Prozent abgelehnt. Das heisst: Die Klima-Karten könnten neu gemischt werden.

Doch nicht bei der SVPO. In einer Medienmitteilung reagiert die Partei mit Frust auf die Annahme der Klimavorlage und spricht von einer verlogenen Politik. Die SVPO schreibt: «Im Alleingang gelang es der SVPO, in unserer Region 51,8 Prozent der Bevölkerung und 40 Gemeinden für ein Nein zu überzeugen. Dies ist eine Abfuhr für die ideologische und verlogene Energiepolitik von Mitte-links.»

Der weitere Klima-Kurs der SVPO überrascht kaum. Romano Amacker, Präsident der SVPO, sagt, dass seine Partei auch das kantonale Klimagesetz bekämpfen werde. «Wir werden uns nicht bevormunden lassen, wir wollen keine neuen Abgaben und Verbote.» Und dann spricht der SVPO-Präsident Klartext: «Ich fordere Staatsrat Roberto Schmidt auf, das Klimagesetz zu beerdigen.» Das Oberwallis habe Nein gesagt zum Netto-Null-Ziel 2050. Es sei daher illusorisch zu glauben, dieses Ziel lasse sich bereits 2040 erreichen.

Der Walliser Klima-Entwurf sieht vor, dass sich der Kanton dazu verpflichtet, die direkten Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um 60 Prozent zu reduzieren. Und das Ziel der Netto-Null-Emissionen 2040 zu erreichen. Also zehn Jahre früher, als das Bundesgesetz vorsieht.

Die Mitte Oberwallis begrüsst die Annahme des Klimaschutzgesetzes auf Bundesebene. Die kantonale Vorlage beurteilte sie skeptisch, die Schwarzen kritisieren Schmidt gar scharf. Wird die Partei ihre Position mit Blick auf die zweite Lesung überdenken? Dies hänge davon ab, wie sich das Gesetz nach der zweiten Lesung präsentiere, sagt Parteipräsidentin Franziska Biner. Man werde sich indes gegen ein «bürokratisches Monster» wehren, so Biner weiter, es brauche schlanke Strukturen und klare Lösungen. «Und wir dürfen die Kosten nicht ausser Acht lassen.» Die Mitte Oberwallis wird wohl auch in der zweiten Lesung kritisch bleiben. Auch ablehnend?

Marie-Claude Schöpfer-Paffen, Präsidentin der neo, stellt sich klar hinter die Klimapolitik «ihres» Staatsrats Schmidt. Sie kann die Skepsis der Schwesterpartei nicht verstehen. Es könne doch nicht sein, sagt Schöpfer-Pfaffen, ein nationales Gesetz zu befürworten und gegen ein kantonales die Keule zu schwingen. «Die Bergregionen werden vor allem unter den Folgen des Klimawandels leiden. Das sollten die Parlamentarier nicht vergessen.»

Claudia Alpiger ist Präsidentin der SPO. Sie ist mit Schöpfer-Pfaffen auf einer Linie. Der Weg müsse nun weitergehen, sagt sie, viele Änderungen werde es in der zweiten Lesung zum Walliser Klimagesetz indes nicht geben. Und Brigitte Wolf von den Grünen sagt, dass das Ja vom 18. Juni der Walliser Klimapolitik einen Schub geben werde.

Unsere Einschätzung zur zweiten Lesung: Le Centre, FDP, SP, Grüne und neo werden das Klimagesetz weiterhin unterstützen. SVPO und SVPU weiterhin bekämpfen. Die Mitte Oberwallis muss ihren Klimaweg noch finden.

Kurz und kompakt

«Bärgüf-Träff» neu lanciert

Visp Gestern Montag, 19. Juni, eröffnete der neu lancierte «Bärgüf-Träff» in Visp.

Der Treff ist eine Anlaufstelle für Menschen, die selbst von Krebs betroffen sind – aber auch für ihre Angehörigen und Freunde. In den neu gestalteten Räumlichkeiten in Visp bietet sich gemäss einer Mitteilung die Gelegenheit, dass sich Betroffene und ihre Angehörigen austauschen können. Es sei aber auch möglich, dem Alltag und den damit verbundenen Sorgen zu entfliehen. Angeboten werden unter anderem Kurse und Workshops zu Bewegung, Ernährung, Prävention und mehr. Ausserdem seien ab August auch medizinische Fachvorträge geplant, heisst es weiter.

Die Kurse werden durch Spenden- und Sponsorenbeiträge finanziert. Diese werden unter anderem am «Bärgüf»-Event, der am 26. August über die Bühne gehen wird, gesammelt.

Für den 16. September ist für Interessierte ein Tag der offenen Tür vorgesehen. *(wb)*

Mehr Insolvenzverfahren im Wallis

Wallis Von Januar bis Mai 2023 ist die Zahl der Insolvenzverfahren in der Schweiz im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. So auch im Wallis. Die Analyse des Wirtschaftsinformationsdiensts Dun&Bradstreet, die am Montag veröffentlicht wurde, zeigt, das im Wallis von Januar bis Mai letzten Jahres 75 Firmen insolvent gemeldet worden sind. Heuer waren es bereits 87 Firmen, die eine Insolvenz anmeldeten. Demnach ist die Zahl der Insolvenzen im Wallis im Vorjahresvergleich um 16 Prozent gestiegen.

Auch bei den Neugründungen verbucht der Kanton Wallis ein Minus von vier Prozent. Die Zahl der Neugründungen sank von 977 in der Vergleichsperiode im Vorjahr auf aktuell 937 neu gegründete Unternehmungen.

BAK Economics rechnet für das laufende Jahr mit einer Verlangsamung des Wachstums des Walliser BIP um +1,8 Prozent. Noch 2022 waren es +4,5 Prozent. *(wh)*

Pflegehelfende erhalten ihr Zertifikat

Brig-Glis Das Schweizerische Rote Kreuz bildet seit 65 Jahren in der ganzen Schweiz Pflegehelfende SRK aus. Diese Pflegehelfenden kommen in Pflegeheimen oder bei der Betreuung von Patientinnen und Patienten zu Hause zum Einsatz.

Vor Kurzem ist ein Lehrgang Pflegehelfende SRK, Regionalstelle Oberwallis, zu Ende gegangen. Gemäss Mitteilung haben sich der Absolvent und die Absolventinnen nach 140 Stunden Theorie und Lernwerkstätten sowie 15 Tage Praktikum erfolgreich den theoretischen und praktischen Prüfungen gestellt.

Der Lohn für die Anstrengungen ist der Erhalt des Zertifikats. Überreicht wurde das Zertifkat von Natalie Zurwerra, Bildungsverantwortliche, und Helga Bregy, Kursleiterin des Roten Kreuz Wallis.

Der nächste Lehrgang für Pflegehelfende SRK startet im kommenden August. *(wh)*